

# Bis repetita non placent. Griechische Finanzkontrolle im 19. Jahrhundert und in der Gegenwart

Korinna Schönhärl, Universität Duisburg-Essen

Abstract:

## **Bis repetita non placent. Greek Financial Controls in the 19<sup>th</sup> Century and the Present**

In June 2017, in the negotiations between Greece, the European Union and its Member States, the European Central Bank, and the International Monetary Fund, it was decided that the highly-indebted country in Europe's southern periphery should receive an additional disbursement of 8.5 billion euros from the 2015 aid package. The negotiations are another chapter in the endless disputes that have kept Europe in suspense since it first became apparent during the 2009 global economic crisis that Greece would no longer be able to service its foreign debt. One historical reference that the media repeatedly reported in this connection was the work of the International Finance Commission for Greece, which was established five years after Greek's bankruptcy in 1893 to ensure that Greece serviced its international debt. If one compares the Commission's work from 1898 with that of the troika in 2009, a number of parallels stand out: the actual or barely prevented sovereign default as the starting situation; the failure of all Greek attempts to get a handle on the situation without outside help, as well as the establishment of the commissions under extreme political pressure. There are also parallels with respect to the governance of the institutions: they were composed of politicians who protected the interests of private creditors and who could not always agree on a common strategy, as well as the restriction of Greek financial autonomy by foreigners. Most of the differences disappear however: The completely different global economic relationships at the end of the 19<sup>th</sup> and the beginning of the 21<sup>st</sup> century, the different natures of the Latin Monetary Union and the Eurozone, the large number of international and national political participants in the organizations with an equally broad range of different objectives, the different ways of working, and finally, the differences in the application of the conditionality principle.

JEL Classification: F34, N13, N14, N23, N24, O52

IBF – Institut für Bank- und Finanzgeschichte e.V.  
Eschersheimer Landstraße 121-123  
D-60322 Frankfurt am Main  
Germany  
[www.ibf-frankfurt.de](http://www.ibf-frankfurt.de)

IBF Paper Series

Banking and Finance in Historical Perspective

ISSN 2510-537X

#### Herausgeber / Editorial Board

Prof. Dr. Carsten Burhop

Prof. Dr. Joachim Scholtyseck

Prof. Dr. Moritz Schularick

Prof. Dr. Paul Thomes

#### Redaktion / Editorial Office

Frank Dreisch

Wissenschaftlicher Redakteur / Managing Editor

IBF – Institut für Bank- und Finanzgeschichte e.V.

Eschersheimer Landstraße 121-123

D-60322 Frankfurt am Main

Germany

Tel.: +49 (0)69 6314167

Fax: +49 (0)69 6311134

E-Mail: [dreisch@ibf-frankfurt.de](mailto:dreisch@ibf-frankfurt.de)

© IBF – Institut für Bank- und Finanzgeschichte / Institute for Banking and Financial History, Frankfurt am Main 2017



Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte der Universität Duisburg-Essen.

Kontakt: Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Geisteswissenschaften, Historisches Institut, Universitätsstr. 12, D-45117 Essen, E-Mail: korinna.schoenhaerl@uni-due.de

Bis repetita non placent.

## Griechische Finanzkontrolle im 19. Jahrhundert und in der Gegenwart

### Inhalt

1.	Einleitung	4
2.	Die Internationale Finanzkommission für Griechenland von 1898	6
2.1	Entstehungssituation	6
2.2	Formelle Struktur und Zuständigkeiten	8
2.3	Zielsetzungen und internationale Zusammenarbeit	9
2.4	Erfolge, Konflikte und Lösungsstrategien	10
2.5	Folgen für Griechenland	12
3.	Die Troika (Institutionen) ab 2009	14
3.1	Ausgangslage	14
3.2	Formelle Struktur und Zuständigkeit	15
3.3	Zielsetzungen internationaler Kooperation	16
3.4	Erfolge, Konflikte und Lösungen	17
3.5	Folgen für Griechenland	19
4.	Schlussfolgerungen	20
	Anhang	23
	Literatur	23

## 1. Einleitung

Im Juni 2017 wurde in harten Verhandlungen zwischen Griechenland, der Europäischen Union (EU) und ihren Mitgliedsstaaten, der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ausgehandelt, dass der hoch verschuldete Staat an der südlichen Peripherie Europas eine weitere Auszahlung von 8,5 Milliarden Euro aus dem Rettungspaket von 2015 erhalten soll – Geld, das für die weitere Bedienung seiner Kredite unbedingt schon im Juli benötigt wurde.<sup>1</sup> Zentraler Streitpunkt in den Verhandlungen war die weitere Teilnahme des IWFs an dem Kreditprogramm, der diese von spürbaren Schuldenerleichterungen für Griechenland abhängig machte; andernfalls sei seine dauerhafte Schuldentragfähigkeit nicht anzunehmen.<sup>2</sup> Die Einigung sah so aus, dass der IWF vorläufig nur ein ‚Approval in Principle‘ unterzeichnete. Das von ihm zugesagte Geld (1,8 Milliarden Euro) soll demnach erst dann fließen, wenn Griechenland von Europa Schuldenerleichterungen gewährt worden sind. Darüber wollen die EU-Länder jedoch erst 2018, nach einem erfolgreichen Abschluss des verordneten Reformprogramms, entscheiden.<sup>3</sup> Für 2018 sind also weitere harte Verhandlungen zu erwarten.

Die Debatten stellen ein weiteres Kapitel in den nicht enden wollenden Auseinandersetzungen dar, die Europa in Atem halten, seit sich im Jahr 2009 abzeichnen begann, dass Griechenland in den Strudel der Weltwirtschaftskrise geraten und nicht mehr in der Lage war, seine Auslandsschulden zu bedienen. Die Krise führte in Teilen der deutschen Presse zu einem ‚Greece-bashing‘.<sup>4</sup> Andererseits löste die als hart empfundene europäische und insbesondere die deutsche Position in der griechischen Presse ein Wiederaufleben verschiedener antideutscher Stereotype aus. Auch die Auseinandersetzung um deutsche Entschädigungen für Griechenland nach dem Zweiten Weltkrieg entbrannte in diesem Kontext neu und mit nie da gewesener Schärfe.<sup>5</sup>

Ein historisches Thema, das von den Medien hier wie dort aufgegriffen wurde, war die Geschichte der Internationalen Finanzkommission für Griechenland (IFK), die fünf Jahre nach dem griechischen Bankrott des Jahres 1893 eingerichtet wurde, um die Bedienung von Griechenlands internationalen Schulden zu gewährleisten. Die Kommission arbeitete mit kurzen Unterbrechungen bis 1941 und transferierte in dieser Zeit jährlich circa ein Drittel der griechischen Staatseinnahmen ins Ausland. Sie existierte bis 1978. Die Rezeption der IFK während der Finanzkrise ab 2008 war in

---

<sup>1</sup> Mussler, Werner: ‚Griechenland erhält 8,5 Milliarden aus Euro-Hilfspaket‘, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Juni 2017.

<sup>2</sup> Mühlauer, Alexander: ‚Griechenland bekommt neue Milliardenkredite‘, in: Süddeutsche Zeitung, 16. Juni 2017.

<sup>3</sup> ‚Die wichtigsten Antworten zu den neuen Griechenland-Hilfen‘, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Juni 2017.

<sup>4</sup> Bickes / Otten (2013); Bickes / Otten / Weymann (2015).

<sup>5</sup> Kilian (2016); Králová / Karasová (2015).

Deutschland und Griechenland diametral verschieden: Wurde sie in der deutschen Presse gerne als Beweis dafür interpretiert, dass die Griechen ohne Bevormundung von außen noch nie mit Geld hatten umgehen können,<sup>6</sup> so betonte die griechische Seite, dass die Ausländer von jeher versucht hätten, Griechenland auszubeuten und seine Innenpolitik zum eigenen Nutzen zu beeinflussen.<sup>7</sup> Dieses Versatzstück lässt sich in das Narrativ von der korrupten und klientelistischen griechischen Elite einfügen, die die Interessen des Auslands auf Kosten der «kleinen Leute» vertrete, mit dem die Krise in Teilen der Bevölkerung erklärt wird.<sup>8</sup>

Der eindeutige Kausalitäten suggerierende Vergleich zwischen Vergangenheit und Gegenwart, der vor allem der politischen Agitation dient, schreit geradezu nach einer fundierten wissenschaftlichen Überprüfung. Freilich lässt sich der Nutzen eines solchen diachronen Vergleichs («Epochenvergleich») durchaus in Frage stellen: Schafft doch die historische Entwicklung «zwischen aufeinanderfolgenden Epochen desselben Landes oder desselben Ortes eine dichte und unverwechselbare Beziehung aus Kausalitäten, Erfahrungen und Erinnerungen», die eine ganz andere Ausgangslage schafft als dies beim in der Geschichtswissenschaft üblichen Vergleich zwischen unterschiedlichen Regionen oder Ländern der Fall ist.<sup>9</sup> Ist außerdem das historische Umfeld der beiden Kommissionen nicht derart verschieden, dass eine Gegenüberstellung gar keinen Sinn ergibt? Und ist die Geschichte der Troika in Griechenland nicht viel zu jung und unabgeschlossen, als dass man über sie historisch arbeiten könnte? All diese Argumente sind sicherlich nicht von der Hand zu weisen. Allerdings kümmert sich die Presse herzlich wenig um historiografische Bedenken, sondern stellt Vergleiche ohne Rücksicht auf wissenschaftliche Standards an. Es soll deshalb im Folgenden nicht wegen methodologischer Bedenken kapituliert, sondern die Herausforderung angenommen und gefragt werden: Ähneln sich die beiden Institutionen in ihren Zielen, ihrer Zusammensetzung, ihrer Governance? Wo liegen die Unterschiede? Warum bietet die IFK von 1898 einen derart einladenden Anknüpfungspunkt für die Instrumentalisierung von Geschichte, und mit welchen Argumenten

---

<sup>6</sup> Klonovsky, Michael: «Von der Wiege Europas zum Hinterhof Europas: Griechenlands Abstieg ist beispielloos. Wie konnte das passieren?», in: Focus, 22. Februar 2010; Hillebrand, Reinhard: «Griechenland: Guter Boden, genügsame Menschen. Das wird schon wieder: Griechenlands Finanzkatastrophen samt ausländischen Interventionen sind beste nationale Tradition», in: DIE ZEIT, 8. Dezember 2011; «Griechenland im Lexikon: Was unsere Vorfahren über die Griechen wussten», in: Der Tagesspiegel, 19. Februar 2015.

<sup>7</sup> Siehe zum Beispiel «Ο Διεθνής Οικονομικός Έλεγχος του 1898 (η Ιστορία επαναλαμβάνεται.) [The International Financial Commission of 1898 (does history repeat itself?)], in: Ανεξάρτητη ενημέρωση [Independent Information], 25. April 2010; Σιάτρας, Γιάννης [Siatras, Giannis]: «Διεθνής Οικονομικός Έλεγχος: 112 χρόνια από την (προηγούμενη) επιβολή του! [IFC: 112 years after its (preliminary) implementation], in: Eurocapital gr., 2. November 2010; «Η τρόικα ήρθε για να μείνει: Την προηγούμενη φορά κάθισε 80 χρόνια! [The Troika has come to stay: last time it rested for 80 years!], in: Ο μικρός ρομηός [The Little Roman], 20. November 2011; sehr viel fundierterer Διαμαντής, Απόστολος [Diamantis, Apostolos]: «Από τη χρεοκοπία του 1893 στο Διεθνή Οικονομικό Έλεγχο [From the bankruptcy of 1893 to the IFC], Ελευθεροτυπία [Free Press], 2. Mai 2010.

<sup>8</sup> Ein Beispiel dafür, wie wirkmächtig dieses Narrativ (ohne Bezug auf die IFK) zur Erklärung der Krise eingesetzt werden kann: Stergiou (2015).

<sup>9</sup> Kaelble (2012).

kann man ihr entgegentreten, um die Komplexität von Geschichte in Erinnerung zu rufen und ein Veto gegen ihre leichtfertige Benutzung als politisches Argument einzulegen?

Der «Governance»-Ansatz<sup>10</sup> stellt einen hilfreichen methodologischen Kriterienkatalog für den diachronen Vergleich der beiden internationalen Organisationen dar. Hier liegt der Fokus der Betrachtung auf dem dynamischen Zusammenwirken zwischen Strukturen und Prozessen, Institutionen und Akteuren, Regeln und Regelanwendung.<sup>11</sup> Wie und unter welchen Umständen wurden die beiden Kommissionen gebildet? Auf welche formellen Strukturen beruhte/beruht die Zusammenarbeit? Was waren/sind ihre Zielsetzungen? Wie waren/sind verschiedenen Akteure (zum Beispiel Gläubigervereine, Regierungen) eingebunden, auch informell? Welche Erfolge konnten erzielt werden, welche Konflikte entstanden und wie versuchte man, diese zu lösen? Wie veränderte/verändert die Verhandlung der griechischen Finanzprobleme die internationale Zusammenarbeit? Und schließlich: Welche Folgen hatte/hat die Finanzkontrolle für Griechenland? Diese Fragen werden im Folgenden zunächst für die IFK, in einem zweiten Teil für die Troika beziehungsweise die «Institutionen» behandelt.

## 2. Die Internationale Finanzkommission für Griechenland von 1898

### 2.1 Entstehungssituation

Am 10. Dezember 1893 musste der griechische Ministerpräsident Charilaos Trikoupis im Parlament den Bankrott des Landes erklären. Die Tilgung der Auslandsschulden wurde eingestellt, die Zinszahlungen wurden auf 30 Prozent des ursprünglichen Satzes reduziert.<sup>12</sup> Damit zog Trikoupis die Notbremse: In den Jahren von 1878 bis 1893 hatte das Land einen Schuldenberg von 640 Millionen Francs im Ausland aufgehäuft, bei einem Budget von lediglich rund 80 Millionen Francs.<sup>13</sup> Betrachtet man die Entwicklung der Staatsschuldenquote, so hatte sich diese von 60 Prozent im Jahr 1876 auf 230 Prozent im Jahr 1892 erhöht und machte nun 1.200 Prozent der jährlichen Staatseinnahmen aus.<sup>14</sup> Zum Vergleich betrug die spanische Staatsschuldenquote im Jahr 1876 160 Prozent

---

<sup>10</sup> Vgl. zur Einführung zum Beispiel Stoker (1998), S. 17–28.

<sup>11</sup> Benz / Dose (2010), S. 27.

<sup>12</sup> Pantelakis (1995), S. 58 ff.

<sup>13</sup> Psalidopoulos / Schönhärl (2013).

<sup>14</sup> Dertilis (2009), S. 603.

(was zu dem Staatsbankrott von 1882 führte), die französische erreichte 1900 die 100-Prozent-Marke.<sup>15</sup>

Das Geld war für große Infrastrukturmaßnahmen wie zum Beispiel den Eisenbahn- und Straßenbau verwendet worden, aber zu bedeutenden Teilen auch unproduktiv in die Aufrüstung im Rahmen der immer schwelenden Auseinandersetzung mit dem Osmanischen Reich geflossen. Als Anfang der 1890er-Jahre die von Argentinien ausgehende Baring-Krise die Weltwirtschaft erschütterte und der Preis für Korinthen, Griechenlands Hauptexportgut, von einem Jahr auf das andere einen tiefen Einbruch erlebte, überschritt der in Gold zu erbringende Schuldendienst die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes.<sup>16</sup> Denn obgleich Griechenland seit 1868 Mitglied in der Lateinischen Münzunion war und der Preis von Goldfranc zu Golddrachme damit auf den Wechselkurs von eins zu eins fixiert war,<sup>17</sup> fiel der Kurs der Papierdrachme stetig, weil in Griechenland inflationär Papiergeld gedruckt wurde: Die Papierdrachme wurde 1893 mit einem Agio von 0,81 im Verhältnis zur Golddrachme gehandelt, das heißt der Kurs zwischen der Papierdrachme und dem Franc stand eins zu 1,81. Die Konvertibilität der Drachme war ausgesetzt, es herrschte Zwangskurs.<sup>18</sup> Die griechische Regierung benötigte also plötzlich viel mehr Papierdrachmen, um den Schuldendienst in Gold erbringen zu können.

Dem Bankrott folgten jahrelange Verhandlungen mit den Gläubigern ohne greifbares Ergebnis.<sup>19</sup> Die Großmächte betonten den Gläubigervertretern gegenüber immer wieder, dass der Erwerb von griechischen Staatsanleihen auf eigenes Risiko erfolgt sei, sodass nun auch die Verluste privat zu tragen seien.<sup>20</sup> Nur die deutschen Diplomaten (der deutsche Anteil an den Auslandsschulden betrug etwa 125 Millionen Francs<sup>21</sup>) lehnten eine Unterstützung der Gläubigerinteressen lange nicht so rigoros ab, sondern machten den deutschen Anlegern immer wieder Hoffnung auf eine vollständige Rückzahlung, die man durch diplomatischen Druck erreichen zu können glaubte. Die deutschen Anleger verweigerten sich deshalb standhaft den Kompromissvorschlägen von Trikoupis, der 30 oder 35 Prozent des Kapitals zurückzahlen wollte.<sup>22</sup>

1897 führte Griechenland einen aussichtslosen Krieg gegen das Osmanische Reich. Der Auslöser war einmal mehr die Kreta-Frage. Die Insel gehörte noch immer zum Osmanischen Reich, die griechischen Bewohner wünschten jedoch die Vereinigung mit dem seit 1830 unabhängigen Mut-

---

<sup>15</sup> Taylor (2012), S. 7, 15.

<sup>16</sup> Wynne (1951), S. 306.

<sup>17</sup> Immer noch höchst informativ Greul (1926).

<sup>18</sup> Thomadakis (1985).

<sup>19</sup> Petersson (2009), S. 33-50.

<sup>20</sup> Petersson (2009).

<sup>21</sup> Schaefer (1995), S. 323, beziffert die griechischen Auslandsschulden insgesamt mit 750 bis 820 Millionen Francs.

<sup>22</sup> Petersson (2009), S. 39-46.

terland. Innerhalb weniger Wochen hatte Griechenland den Krieg verloren. Die osmanischen Truppen besetzten Thessalien, das Griechenland erst 1878 auf dem Berliner Kongress zugesprochen worden war. Als Gegenleistung für die Räumung verlangte die Pforte vier Millionen türkischer Pfund (94,3 Millionen Francs) – eine Summe, die das hochverschuldete Griechenland weder besaß noch in eigener Regie auf den Finanzmärkten aufnehmen konnte. Insbesondere das Deutsche Reich setzte sich nun dafür ein, diese Situation zu nutzen, um Griechenland zur Rückzahlung seiner alten Schulden an die Gläubiger zu zwingen.<sup>23</sup> Die griechischen Schutzmächte Russland, England und Frankreich erklärten sich also bereit, eine entsprechende Anleihe zu garantieren, aber nur unter der Bedingung, dass das Land eine internationale Kommission zur Rückzahlung der alten und der neuen Schulden akzeptieren würde.<sup>24</sup> Dafür sollte es eine zusätzliche «Wirtschaftsanleihe» zur Deckung des Staatsdefizits erhalten. Insgesamt wurden 150 Millionen Francs emittiert.<sup>25</sup> Die Zinsen betragen aufgrund der internationalen Garantie lediglich 2,5 Prozent, und die Anleihe konnte in Paris und London zum Kurs von 100,5 beziehungsweise 104 ausgegeben werden. Die Emission wurde an beiden Börsen weit überzeichnet.<sup>26</sup>

## 2.2 Formelle Struktur und Zuständigkeiten

Parallel wurde in Athen die IFK installiert – auf Wunsch der Griechen wählte man die Bezeichnung «Kommission» statt des ursprünglich geplanten Begriffs «Kontrolle». Für den Aufbau und die Arbeitsweise einer solchen internationalen Organisation konnte man im Jahr 1898 bereits auf Erfahrungen zurückgreifen: So hatte man in Ägypten, formal immer noch Provinz des Osmanischen Reiches, 1876 eine Finanzkommission eingerichtet. Deren Vollmachten gingen so weit, dass der Khedive de facto von der Finanzverwaltung seines Landes ausgeschlossen war.<sup>27</sup> Auch im Osmanischen Reich selbst, das 1876 ebenfalls Bankrott gegangen war, gab es seit 1881 ein «Council of the Administration for the Ottoman Public Debt», das Staatseinnahmen aus den Monopolen für Tabak und Salz, einige Zolleinnahmen und den Seiden-Zehnt an die Gläubiger abführte – als Gegenleistung für eine nennenswerte Reduktion der Schulden auf deutlich weniger als die Hälfte. In beiden Fällen wurden die Kommissionen durch die Organisationen der ausländischen Gläubiger besetzt. Dem christlichen, von vielen Akteuren als Teil des Westens empfundenen Griechenland, wo man in

---

<sup>23</sup> Wynne (1951), S. 313.

<sup>24</sup> Wynne (1951), S. 313.

<sup>25</sup> Convention passée les 3 et 4 mai 1898 concernant l'emprunt garanti, in: Commission financière internationale (1916), S. 63-72; Théry (1905), S. 25.

<sup>26</sup> In London doppelt so hoch, in Paris 23,5-fach. Vgl. Wynne (1951), S. 320; ferner Théry (1905), S. 26.

<sup>27</sup> Tunçer (2014).

den 1850er-Jahren schon einmal mit einer internationalen Finanzkommission experimentiert hatte,<sup>28</sup> wurden in gewisser Hinsicht mildere Bedingungen auferlegt. Diese Entwicklung zeichnete sich schon in den ersten Verhandlungen ab. So entsandte etwa Großbritannien den erklärten Philhellenen Edward FitzGerald Law als Verhandlungsführer.<sup>29</sup> Die IFK setzte sich nicht wie die anderen Kommissionen aus Gläubigervertretern, sondern aus Diplomaten zusammen. England, Frankreich, Russland, das Deutsche Reich, Italien und Österreich-Ungarn entsandten je einen Vertreter<sup>30</sup> – «Governance by Governments» also in erster Linie, waren es doch die beteiligten Regierungen, die die Entscheidungen zu treffen hatten, während die Gläubiger über die entsprechenden Bondholder-Vereine nur informell Einfluss nehmen konnten.<sup>31</sup> Die IFK verwaltete die Einnahmen aus den staatlichen Monopolen auf Salz, Petroleum, Streichhölzern, Spielkarten und Zigarettenpapier sowie diejenigen aus dem Abbau des Schmirgels von Naxos. Hinzu kamen die Einnahmen aus der Stempel- und Tabaksteuer und die Zolleinnahmen von Piräus.<sup>32</sup> Diese Einnahmen entsprachen 35 Prozent des gesamten Budgets des Jahres 1898.<sup>33</sup> Die Eintreibung erfolgte durch die griechische «Société de régie des revenus affectés au service de la dette publique hellénique», deren Arbeit die Kommission kontrollierte und von der sie die Gelder in Empfang nahm. Über eine länger anhaltende oder eine schwere öffentliche Opposition gegen die Einrichtung der IFK, die über die erregten Debatten im Parlament hinausgegangen wäre, wird in den Quellen nicht berichtet. Die parallel bestehenden blutigen Konflikte um die osmanische Herrschaft in Kreta nahmen die Aufmerksamkeit der griechischen Öffentlichkeit offenbar vollauf in Beschlag.<sup>34</sup> Dass der griechische Kronprinz Georg trotz der militärischen Niederlage zum Hochkommissar eines weitgehend autonomen Kretas ernannt wurde, feierten die Griechen trotz allem als Teilsieg, der die Kriegsfolgen zumindest psychologisch leichter erträglich machte.

### 2.3 Zielsetzungen und internationale Zusammenarbeit

Die Zielsetzung der IFK war in erster Linie die zuverlässige Amortisierung der griechischen Auslandsschulden. Einen Schuldenschnitt gab es nicht: Den Bondholdern blieb ihr vollständiges Kapital erhalten. Dafür mussten sie aber Einbußen bei den Erträgen hinnehmen. Nur 32 bis 43 Prozent der

---

<sup>28</sup> Zelepos (2015), S. 68.

<sup>29</sup> Laws Biografen schätzen seinen persönlichen Anteil an der milden Behandlung Griechenlands sehr hoch ein. Vgl. Morison / Hutchinson (1911), S. 32-45, 175-226.

<sup>30</sup> In Russland, Italien und Österreich-Ungarn wurden kaum griechische Schuldentitel gehalten, sie waren lediglich aus politischen Gründen vertreten. Vgl. Feis (1974 [1930]), S. 289.

<sup>31</sup> Behrens (2010).

<sup>32</sup> Wynne (1951), S. 320.

<sup>33</sup> Nach Théry (1905), S. 56.

<sup>34</sup> Holland / Markides (2006), S. 105 ff.

ursprünglich vereinbarten Zinsen wurden gezahlt (statt einer Verzinsung von vier Prozent für die Monopolanleihe von 1887 zum Beispiel nur 1,72 Prozent).<sup>35</sup> Insgesamt mussten jährlich neun Millionen Goldfrancs an die Gläubiger ausgezahlt werden, was bei einem (mittlerweile leicht gesunkenen) Wechselkurs von 1,65 zu eins insgesamt 14,85 Millionen Drachmen entsprach.<sup>36</sup> Im Hinblick auf diese Summe, die Griechenland jährlich aufzubringen hatte, sah man Potenzial zu einer Verbesserung der Lage: Würde sich die Währung erholen, so wären weniger Drachmen nötig, um die erforderliche Menge an Goldfrancs zu erwerben, und ein Rest würde übrig bleiben. Dieses durch Wechselkursschwankungen entstehende Surplus sollte ebenso wie eventuelle sonstige Mehreinnahmen im Verhältnis von 60 zu 40 zwischen den Gläubigern und der Regierung geteilt werden, was die gesenkten Zinsen dann wieder hätte steigen lassen können.<sup>37</sup> Um die Drachme zu stabilisieren, sollte die griechische Regierung ab dem Jahr 1900 jährlich zwei Millionen Papierdrachmen einziehen und vernichten.<sup>38</sup>

Ein zweites Ziel der IFK war die Reformierung und Modernisierung der griechischen Finanzverwaltung und Wirtschaft. Die Kommissare wollten zum wirtschaftlichen Aufschwung des Landes beitragen, unterbreiteten entsprechende Reformvorschläge und sie boten der griechischen Regierung an, sie bei deren Umsetzung zu unterstützen. Allerdings erfolgten sowohl die Auszahlung der Gelder an das Osmanische Reich, das dafür Thessalien räumte, als auch die Auszahlung der Wirtschaftsanleihe an Griechenland schon vorher, ohne eine Kopplung an die Durchführung der vorgeschlagenen Reformen.

## 2.4 Erfolge, Konflikte und Lösungsstrategien

Im Sommer 1898 nahm die Kommission ihre Arbeit – in den Augen der Gläubiger sehr erfolgreich – auf: Die erwirtschaftete Summe aus den verpfändeten Quellen überschritt jedes Jahr die vorgegebene, sodass stets ein Surplus verzeichnet wurde. Insgesamt konnten die Einnahmen von 47,4 Millionen Drachmen (1899) auf 79,1 Millionen Drachmen (1914) erhöht werden – das entsprach 40 Prozent der Staatseinnahmen.<sup>39</sup> Der weitaus größte Teil des erzielten Überschusses stammte aber aus Wechselkursgewinnen. Die Drachme erholte sich in den nächsten Jahren so schnell, dass die Zeitgenossen völlig überrascht waren: Betrag der Kurs zum Franc im Jahr 1899 noch 1,56 zu eins,

---

<sup>35</sup> Wynne (1951), S. 329, 336.

<sup>36</sup> Für die ersten fünf Jahre reduziert auf 14.437.500 Drachmen. Vgl. Wynne (1951), S. 330.

<sup>37</sup> Wynne (1951).

<sup>38</sup> Feis (1974 [1930]), S. 290.

<sup>39</sup> Tunçer (2013), S. 10.

so war er 1906 bereits auf 1,10 gestiegen. 1910 stand die Drachme pari zum Franc.<sup>40</sup> Als Gründe wurden meist die Reduktion der Geldmenge (und sei es auch nur durch ihre symbolische Wirkung auf die Finanzmärkte), die Repatriierung der Schuldentitel, gute Getreideernten, die die Handelsbilanz verbesserten, sowie die Finanztransfers durch die griechischen Emigranten in ihre Heimat angeführt.<sup>41</sup> Die Gläubiger konnten sich jedenfalls jährlich über höhere Zinssätze freuen als 1898 vereinbart.<sup>42</sup> Dementsprechend kehrte das Vertrauen der Finanzmärkte zurück.<sup>43</sup> Westeuropäische Zeitungen, die noch 1902 vehement von griechischen Staatsanleihen abgeraten hatten, wiesen bereits 1903 wieder auf deren lukrative Gewinnchancen hin und äußerten sich immer positiver, je mehr die Wechselkurse sich dem Pari annäherten.<sup>44</sup> Die IFK, obwohl ohne eigene Machtmittel und auf den guten Willen der Athener Regierung angewiesen, wurde dessen ungeachtet als Garantin der griechischen Stabilisierung gepriesen. Sie selbst versuchte den Griechen ihren guten Willen zu demonstrieren und zum Aufbau des Landes beizutragen: So übernahm sie zum Beispiel ab 1902 die Verwaltung einer Anleihe zum Bau der Athen-Larissa-Demerli-Eisenbahnlinie, die das griechische Eisenbahnnetz an das zentral- beziehungsweise westeuropäische anschließen sollte.<sup>45</sup>

Mit ihren Reformvorschlägen bissen die Kommissare dagegen auf Granit. In ihren jährlichen Berichten betonten sie immer wieder die Notwendigkeit, Betrügereien bei den Abrechnungen zu unterbinden, Schmuggel, Fälschungen von Stempelcoupons sowie die heimliche Salzgewinnung zu bekämpfen.<sup>46</sup> Von den circa 90 Millionen Drachmen Staatseinnahmen entgingen dem Fiskus durch Betrug jährlich zwei bis sechs Millionen, so die Schätzungen.<sup>47</sup> Die Kommission riet deshalb zur Einrichtung und Verbesserung von Küstenwachen und Zollstationen sowie zu strengeren Kontrollen in allen Bereichen.<sup>48</sup> Aber die griechischen Behörden mit ihren schlecht bezahlten und deshalb leicht bestechlichen Beamten verhinderten nicht einmal diejenigen Betrügereien, die direkt vor ihren Augen geschahen, und boykottierten jegliche Aufklärung.<sup>49</sup> Ganze Regionen bezahlten keine Steuern, was das griechische Parlament jedoch nicht davon abhielt, neue Ausgaben ohne jegliche Kostendeckung zu beschließen.<sup>50</sup> Die griechische Regierung setzte die Vorschläge zur Effizienzstei-

---

<sup>40</sup> Wynne (1951), S. 338.

<sup>41</sup> Feis (1974 [1930]), S. 291; Dertilis (2009), S. 608 f.

<sup>42</sup> Wynne (1951), S. 336.

<sup>43</sup> Report of the International Financial Commission, in: Corporation of Foreign Bondholders (1905), S. 199-223, hier S. 199.

<sup>44</sup> Ausführlich dazu Schönhärl (2017).

<sup>45</sup> Extrait de la convention pour la construction et l'exploitation d'un chemin de fer allant du Pirée à Démirly et la frontière ottomane, 9/22 March 1900, in: Commission financière internationale (1916), S. 150-155.

<sup>46</sup> Zum Beispiel Corporation of Foreign Bondholders (1903), S. 160.

<sup>47</sup> Théry (1905), S. 210.

<sup>48</sup> Report of the International financial Commission, in: Corporation of Foreign Bondholders (1904), S. 158-184, hier S. 174.

<sup>49</sup> Wynne (1951), S. 344.

<sup>50</sup> Report of the International financial Commission, in: Corporation of Foreign Bondholders (1904), S. 158-184, hier S. 182.

gerung kaum um. Sie wurden entweder nicht ausgearbeitet, verschleppt oder im Parlament abgelehnt.<sup>51</sup> Zwingen konnten die Diplomaten die Griechen nicht, selbst als die Regierung die nach ihrer Ansicht fähigsten Angestellten der Kommission vor Ort entließ und durch Günstlinge ersetzte, hatten sie keine wirksame Möglichkeit, dies zu verhindern.<sup>52</sup> So wiederholte die Kommission gebetsmühenhaft ihre Vorschläge, wies auf Fehler in der Budgetberechnung hin<sup>53</sup> und warnte vor plötzlichen Veränderungen der Wechselkurse, die das Surplus empfindlich schrumpfen lassen konnten, da es nicht auf einer substantziellen Erhöhung der Einnahmen beruhe.<sup>54</sup> Man musste sich allerdings damit abfinden, dass die Griechen die Kommission nicht als *«true friend of Greece»* anerkannten, sondern ihre Arbeit eher behinderten als unterstützten.<sup>55</sup> Es gab kein Druckmittel, um Griechenland zu Reformen zu zwingen. Locken konnte man, wie in solchen Fällen üblich, höchstens mit der Aussicht, bald wieder unabhängig Geld an den internationalen Finanzmärkten aufnehmen zu können. Abgesehen davon hätte man aber sogar eine komplette Einstellung der Zusammenarbeit der griechischen Regierung mit der IFK nicht wirkungsvoll sanktionieren können, sieht man einmal von einer möglichen Kanonenbootpolitik einzelner Mächte ab.

## 2.5 Folgen für Griechenland

Die wirtschaftliche Lage großer Teile der Bevölkerung in Griechenland war in den folgenden Jahren schlecht und wurde von vielen Griechen als hoffnungslos empfunden, wie ein Blick auf die Auswanderungszahlen zeigt. Verließen im Jahr 1897 nur 571 Emigranten Griechenland (0,23 pro 1.000 Einwohner), so waren es 1898 bereits 2.339 (0,95 pro 1.000 Einwohner). Die Zahlen stiegen schnell weiter an: 1903 auf 14.493 (5,66 pro 1.000 Einwohner) und 1912 auf 23.362 (8,59 pro 1.000 Einwohner). Die meisten von ihnen suchten ihr Glück in Ägypten und in den USA.<sup>56</sup> Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass viele Auswanderer nur kurzfristig in die Fremde gingen und nach einigen Monaten oder Jahren wieder in ihre Heimat zurückkehrten.<sup>57</sup>

Parallel zu diesem «Exodus» setzte allerdings ein wirtschaftlicher Wiederaufschwung ein. Das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wird deshalb in der griechischen Historiografie zumeist als

---

<sup>51</sup> Corporation of Foreign Bondholders (1903), S. 151.

<sup>52</sup> Wynne (1951), S. 345.

<sup>53</sup> Théry (1905), S. 67.

<sup>54</sup> Vgl. Corporation of Foreign Bondholders (1930), S. 159; ebenso Report of the International Financial Commission, in: Corporation of Foreign Bondholders (1905), S. 199-223, hier S. 200.

<sup>55</sup> Corporation of Foreign Bondholders (1903), S. 147.

<sup>56</sup> Vgl. Dertilis (2009), S. 682; ferner Tziouvas (2009).

<sup>57</sup> Zelepos (2016), S. 22 ff.

Phase der wirtschaftlichen Erholung beschrieben.<sup>58</sup> 1910 übernahm mit Eleftherios Venizelos ein neuer Mann das politische Ruder.<sup>59</sup> Die Wahlen im Oktober 1910 brachten seiner liberalen Partei eine breite Mehrheit, und auf dieser Basis begann er seine Reformpolitik im Interesse der Arbeiterschaft. Die Großmächte unterstützen diesen Neuanfang durch die Genehmigung einer großen Auslandsanleihe im Umfang von 150 Millionen Francs an den internationalen Börsen, was Griechenland ohne internationale Garantien zu akzeptablen Konditionen gelang und allgemein als finanzielles Comeback des Landes gedeutet wurde.<sup>60</sup>

Weitere internationale Anleihen folgten.<sup>61</sup> Griechenlands Schuldentragfähigkeit erwies sich als langfristig: In den ersten 34 Jahren ihrer Existenz konnte die IFK kontinuierlich die Forderungen der Gläubiger bedienen und die Zinsen stiegen durch das erwirtschaftete Surplus kräftig an, vor allem dank der Erholung des Wechselkurses.<sup>62</sup> Sogar während des Ersten Weltkrieges konnte die Kommission ihre Arbeit ohne Unterbrechung fortsetzen.<sup>63</sup> In den Jahren 1920/21 erreichten die Zinsen ihre Originalhöhe.<sup>64</sup> Als die Inflation in Griechenland ab 1922 erneut anstieg, leistete die griechische Regierung Ausgleichszahlungen in Höhe von vier Millionen Drachmen, später fünf Millionen Drachmen pro Jahr an die IFK, um die Proteste der Gläubiger zu besänftigen.<sup>65</sup> Neue Anleihen für Griechenland für die Aufnahme von Flüchtlingen nach der «kleinasiatischen Katastrophe» wurden 1923/24 unter der Regie des Völkerbundes emittiert und von der IFK zusätzlich zu den alten Schulden bedient. Auf Druck der Großmächte und mit einer weiteren internationalen Anleihe wurde 1927 die Gründung der Bank von Griechenland als neuer Zentralbank bewerkstelligt.<sup>66</sup> Nach einem Moratorium in der Weltwirtschaftskrise (1932/33) wurden die Zahlungen zunächst vermindert, ab 1936 nach einer neuen, allerdings temporären Regelung fortgesetzt.<sup>67</sup> Die IFK setzte ihre Arbeit also fort, bis 1941 die deutsche Besetzung die griechische Regierung und die Nationalbank ins Exil zwang.<sup>68</sup> Nach 1945 begann Griechenland, seine alten, in Gold aufgenommenen Schulden aus dem 19. Jahrhundert wieder zu bedienen, wenn auch nicht mehr über die IFK, sondern durch direkte Zahlungen. Formal aufgelöst wurde die Kommission erst im Jahr 1978.

---

<sup>58</sup> Dertilis (2009), S. 625 ff.

<sup>59</sup> Tzermias (1986), S. 113.

<sup>60</sup> Schönhärl (2017).

<sup>61</sup> Schönhärl (2015); Tunçer (2014), S. 111 f.

<sup>62</sup> Wynne (1951), S. 335 f.

<sup>63</sup> Die Tabellen über die jährlichen Zinsen auch während der Kriegsjahre in Wynne (1951), S. 336.

<sup>64</sup> Ebenso 1926 und 1929–31. Vgl. Wynne (1951), S. 336.

<sup>65</sup> Wynne (1951), S. 340.

<sup>66</sup> Wynne (1951), S. 350.

<sup>67</sup> Wynne (1951), S. 352–355.

<sup>68</sup> Wynne (1951), S. 355.

Während die Staatsschulden von 1898 bis 1914 in absoluten Zahlen zunahmen, erhöhte sich die Staatsschuldenquote nur minimal, weil die griechische Wirtschaft gleichzeitig kräftig wuchs.<sup>69</sup> Robert Feis schätzt die Neuverschuldung zwar als Überspannung der finanziellen Kräfte des Landes ein, zumal nur ein kleiner Teil des Geldes produktiv verwendet wurde: «*Greece continued to push against the limitations of her size and wealth.*»<sup>70</sup> Andererseits aber konnte Griechenland in den Balkankriegen sein Gebiet erheblich erweitern, und es war während dieser Kriege sogar in der Lage, die Schuldenlast zu tragen und seinen Verpflichtungen nachzukommen: «*The holders of Greek bonds fared better than most purchasers of European government bonds.*»<sup>71</sup> In Teilen, zum Beispiel im Hinblick auf den Landbesitz und die Landwirtschaft, wurde die griechische Wirtschaft reformiert. Allerdings fanden die Reformen kaum auf Drängen der IFK hin statt, sondern aufgrund innenpolitischer Notwendigkeiten, zum Beispiel infolge der großen Zahl von Flüchtlingen aus Kleinasien, die in die Wirtschaft integriert werden mussten, aber auch großes Innovationspotenzial mitbrachten.<sup>72</sup>

### 3. Die Troika (Institutionen) ab 2009

#### 3.1 Ausgangslage

Ausgehend von einer platzenden Immobilienblase in den USA begann im August 2007 eine Weltfinanzkrise. In der Folge mussten einige internationale Banken, zum Beispiel Lehman Brothers, Insolvenz anmelden beziehungsweise von staatlicher Seite gerettet werden. Die weltweiten Probleme des Finanzsystems brachten zahlreiche Regierungen in Zahlungsprobleme; eine davon war die griechische.

Mit dem Beitritt zur Eurozone im Januar 2001 hatte Griechenland sich der Gemeinschaftswährung angeschlossen, wobei Wirtschaftsdaten teilweise geschönt worden waren. Damit war das bisherige Inflationsrisiko auf griechische Staatsanleihen aufgehoben und der Staat konnte zu sehr günstigen Bedingungen Geld im Ausland aufnehmen, was er in großem Umfang tat.<sup>73</sup> Gleichzeitig war dem Land ebenso wie allen anderen Euroländern aber die Option genommen worden, im Fall

---

<sup>69</sup> Dertilis (2009), S. 960.

<sup>70</sup> Feis (1974 [1930]), S. 287.

<sup>71</sup> Feis (1974 [1930]), S. 289.

<sup>72</sup> Dertilis (2009), S. 681 ff.

<sup>73</sup> Giannítsis (2015).

von Solvenzproblemen die eigene Währung abzuwerten. So war die Möglichkeit gegeben, dass europäische Staaten zahlungsunfähig werden konnten. Es bestand plötzlich wieder ein Ausfallrisiko für europäische Staatsanleihen, das von den internationalen Finanzmärkten aber zunächst nicht wahrgenommen wurde und sich nicht in der Risikoprämie niederschlug.<sup>74</sup>

Als sich Ende 2009 abzuzeichnen begann, dass Griechenland seine Schuldenlast nicht länger würde tragen können, stuften die Ratingagenturen griechische Staatsanleihen stark herab und die Risikoprämien erhöhten sich rasant, was das Land zusätzlich in Bedrängnis brachte. Ein Bankrott des griechischen Staates schien unmittelbar bevor zu stehen und Griechenland bat um finanziellen Beistand der EU und des IWF.

### 3.2 Formelle Struktur und Zuständigkeit

Um die Zahlungsunfähigkeit zu verhindern, einigten sich im Mai 2010 die Staaten der Eurozone, die EZB und der IWF auf ein erstes Hilfspaket im Umfang von 110 Milliarden Euro und einer Laufzeit von drei Jahren. Organisiert und kontrolliert wurde die Rettungsaktion von der so genannten Troika, einem Kontrollgremium aus Vertretern der EZB, des IWF und der EU-Kommission: *«Die Troika wird aktiv, wenn es darum geht, abgestimmte Verhandlungen mit Mitgliedsländern der Euro-Gruppe zu führen, bei welchen der Staatshaushalt in Schieflage geraten ist.»*<sup>75</sup> Es handelt sich also nicht um eine Institution im engeren Sinne, sondern vielmehr um eine Bezeichnung für die Kooperation der drei genannten Institutionen, die jeweils von Politikern aus den europäischen Ländern beziehungsweise Angestellten der Institutionen repräsentiert werden. Die privaten Gläubiger sind in der Troika nicht vertreten, sondern können nur über Lobbyarbeit ihren Einfluss geltend machen. Die Troika ist gleichzeitig auch zuständig für andere europäische Krisenstaaten wie Portugal, Spanien und Irland. Mit Rücksicht auf die wütenden Proteste in Griechenland gegen die verhasste Troika wird seit Februar 2015 stattdessen die Bezeichnung «Institutionen» verwendet.<sup>76</sup>

Anders als die IFK von 1898 zieht die Troika nicht Teile der griechischen Staatseinnahmen ein, um die Schulden der internationalen Gläubiger zu bedienen. Vielmehr wurden schrittweise neue Kredite für den Schuldendienst zur Verfügung gestellt, teils über den IWF, teils aufgrund bilateraler Verträge mit europäischen Staaten. Die Staatsschuldenquote erhöhte sich so kontinuierlich weiter von 109,4 Prozent (2008) auf 172,1 Prozent (2011). Nach einem Rückgang im Jahr 2012 durch den

---

<sup>74</sup> Kopf (2017).

<sup>75</sup> Sander (2014).

<sup>76</sup> «Griechenland-Troika hat einen neuen Namen», in: Die Welt, 13. Februar 2015.

Schuldenschnitt erreichte sie im Jahr 2016 ihren bisher höchsten Stand mit 181,3 Prozent, womit nach Berechnungen des IWFs der Höhepunkt überschritten sein soll.<sup>77</sup>

Der zentrale Unterschied zur IFK von 1898 ist die «Konditionalität» der finanziellen Mittel, also die «Verknüpfung von Hilfen mit der Umsetzung entsprechender Reformmaßnahmen, die auf eine Überwindung der Hilfebedürftigkeit abzielen.»<sup>78</sup> Das in den Hilfspaketen bereit gestellte Geld wird in Raten ausgezahlt, und zwar ausschließlich unter der Voraussetzung der genauen Erfüllung der zuvor vereinbarten Reformschritte: «Jede Einzelmaßnahme ist mit einer zeitlichen Perspektive versehen, innerhalb derer sie umgesetzt werden soll.»<sup>79</sup> Diese auf dem so genannten Washington Consensus des IWF von 1989 beruhende Praxis wurde in verschiedenen Staaten, zum Beispiel in Lateinamerika, praktiziert, um die Länder durch eine «neoliberale» Austeritätspolitik zur konsequenten Umstrukturierung ihrer Wirtschaft zu bewegen.<sup>80</sup> Ob diese Praxis möglicherweise auch auf frustrierende Erfahrungen mit den Finanzkommissionen des 19. Jahrhunderts basiert, müsste genauer geprüft werden. Von Kritikern des IWF werden die neoklassischen Reformprogramme, die überschuldeten Staaten verordnet werden, aufgrund ihrer sozialen Härte massiv kritisiert. Auch in Griechenland kam es in den vergangenen acht Jahren immer wieder zu Protesten, die sich insbesondere auf die als unnachgiebig angesehene deutsche Verhandlungsposition konzentrierten.

### 3.3 Zielsetzungen internationaler Kooperation

Ziel der internationalen Kooperation in der Troika war es im Jahr 2010, einen griechischen Staatsbankrott zu verhindern, weil die Verantwortlichen die europäischen Banken in der angespannten Lage vor dessen etwaigen Folgen bewahren wollten.<sup>81</sup> Die Kreditinstitute sollten vor möglicherweise existenzbedrohenden Verlusten geschützt werden, um unabsehbare volkswirtschaftliche Kosten zu vermeiden.<sup>82</sup> Von Kritikern wird angeführt, dass dieser «Bail-out», die Übernahme der Spekulationsverluste durch den Steuerzahler, zum «Moral Hazard» vieler Anleger führte, die versuchten, ihre eigene Haut zu retten und die gefährlichen Papiere möglichst schnell abzustoßen. Die Rettungsaktion nahm Griechenland die Möglichkeit, einen radikalen Schuldenschnitt vorzunehmen, dessen Verluste die Inhaber griechischer Wertpapiere hätten tragen müssen, also Banken oder private Anleger. Die Märkte sollten sich erst einmal beruhigen. Als weiteres Ziel der Troika ist die Sta-

---

<sup>77</sup> International Monetary Fund (2017a).

<sup>78</sup> Bundesministerium der Finanzen (2015), S. 33.

<sup>79</sup> Bundesministerium der Finanzen (2015), S. 34.

<sup>80</sup> Kühne (2011), S. 36.

<sup>81</sup> Sander (2014).

<sup>82</sup> Kopf (2017).

bilisierung des Euro zu nennen, der im Laufe der Finanzkrise teilweise empfindlich an Wert verlor. Die EU-Kommission wollte Griechenland außerdem aus politischen Gründen im Euroraum halten und einen so genannten Grexit verhindern.<sup>83</sup>

Seit die akute Bedrohungssituation für Europa überwunden ist, weil die Banken Zeit für die Abschreibung oder Abstoßung der griechischen Papiere gewonnen haben, ist es Ziel der Institutionen, die langfristige Schuldentragfähigkeit Griechenlands wiederherzustellen und es vom «Tropf» weiterer Kredite unabhängig zu machen. Langfristig soll Griechenland in der Lage sein, seine Schulden aus eigenen Überschüssen bedienen zu können. Dies soll über die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit bewirkt werden, die überhaupt erst zu solchen Überschüssen führen kann. Denn langfristig können die Politiker Europas es innenpolitisch nicht rechtfertigen, den griechischen Schuldendienst durch immer weitere europäische Steuergelder aus dem Ausland zu alimentieren. Weil zahlreiche nationale Parlamente der Griechenlandrettung zustimmen mussten beziehungsweise müssen, ist diese auch ein Thema der Innenpolitik verschiedener europäischer Staaten, was eine Vielzahl von weiteren politischen Akteuren auf den Plan ruft.

### 3.4 Erfolge, Konflikte und Lösungen

Anders als in anderen Krisenländern Europas stabilisierte sich die griechische Wirtschaft zunächst nicht, auch aufgrund ihrer strukturellen Schwächen. Im März 2012 wurde deshalb ein zweites Hilfsprogramm mit einem Umfang von 130 Milliarden Euro beschlossen, mit Krediten der inzwischen ins Leben gerufenen Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und des IWF.<sup>84</sup> Gleichzeitig wagte man nun, einen Schuldenschnitt der privaten Gläubiger vorzunehmen, die auf 53,5 Prozent (107 Milliarden Euro) ihres Kapitals verzichteten, nachdem sie ausreichend Zeit gehabt hatten, sich auf diese Situation vorzubereiten. Die mittlerweile von der EZB gehaltenen griechischen Staatsanleihen wurden von diesem Schuldenschnitt ausgenommen. Wie schon beim ersten Hilfspaket floss dieses Geld zu über 95 Prozent in den Schuldendienst und in die Stabilisierung der griechischen Banken. Weniger als fünf Prozent wurden für Primärausgaben des Staates (Gehälter, Zuschüsse zur Sozialversicherung usw.) verwendet.<sup>85</sup>

Die im Januar 2015 in Griechenland an die Macht gelangte linkspopulistische Partei Syriza verweigerte zunächst vollständig die Kooperation mit der Troika. Ein Referendum im Juli 2015, das

---

<sup>83</sup> Carstensen (2015).

<sup>84</sup> Bundesministerium der Finanzen (2015), S. 33.

<sup>85</sup> Rocholl / Stahmer (2017).

die weitere Umsetzung von Reformen ablehnte, unterstützte sie in dieser Politik. Ministerpräsident Alexis Tsipras wurde allerdings zur Zusammenarbeit gezwungen: Die EZB drohte, bei Nichtbedienung der von ihr gehaltenen Wertpapiere mit Fälligkeitsdatum 2015 die Refinanzierung der griechischen Banken einzustellen, was deren Zusammenbruch zur Folge gehabt hätte. Nur bei Fortführung des Reformkurses sollte weiteres Geld aus dem zweiten Rettungspaket zur Verfügung gestellt werden. Ministerpräsident Tsipras fügte sich schließlich und kehrte zur vorgeschriebenen Reformpolitik zurück, die in einem «Memorandum of Understanding» festgeschrieben wurde.<sup>86</sup> Bei der Kontrolle der praktischen Umsetzung der vereinbarten Reformen kam es jedoch immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Griechenland und seinen Gläubigern.

Im August 2015 wurde ein drittes Hilfsprogramm in Höhe von 86 Milliarden Euro aus dem Euro-Rettungsfonds («European Stability Mechanism», kurz: ESM) beschlossen, wobei die Androhung des Grexits von europäischer, insbesondere deutscher Seite als Druckmittel eingesetzt wurde. Diese «Drohkulisse»,<sup>87</sup> die die griechische Reformbereitschaft aufrechterhalten sollte, lähmte die Investitionsbereitschaft ausländischer Investoren. Über den richtigen Umgang mit Griechenland entbrannte in der Folge zwischen der EU-Kommission und der EZB einerseits und dem IWF andererseits eine heftige Auseinandersetzung. Angesichts der massiven sozialen Probleme in Griechenland hält der IWF die Erwirtschaftung eines Überschusses von 3,5 Prozent, den die Europäer mit den Griechen vereinbart haben, langfristig nicht für realistisch.<sup>88</sup> Stattdessen rät er zur Vereinbarung eines niedrigeren Überschusses und zum Ende der Austeritätspolitik, damit die Wirtschaft wieder wachsen könne. Keinesfalls sollten angesichts funktionsuntüchtiger Busse und fehlender Medikamente in den Krankenhäusern die Ermessensausgaben noch weiter gesenkt werden.

Vertreter der EU-Kommission dagegen halten einen Überschuss von 3,5 Prozent für realistisch und notwendig, um die Schuldentragfähigkeit zu gewährleisten, zumal ein Großteil der notwendigen Reformen im Hinblick auf die Lohnkosten, die öffentliche Beschäftigung und die Privatisierung inzwischen umgesetzt worden sei. Der IWF dagegen meint, dass ein solcher Überschuss, wenn er denn aus politischen Gründen unabdingbar sei, nicht durch weitere Austeritätspolitik, sondern nur durch weitere strukturelle Reformen erreicht werden könne. Als Beispiel wird das Steuersystem genannt, das mehr als die Hälfte aller Haushalte von der Steuerpflicht befreit (im EU-Durchschnitt acht Prozent), das Rentensystem, das den Haushalt mit jährlich circa elf Prozent des Bruttoinlandsprodukts belastet (im EU-Durchschnitt 2,25 Prozent) oder die Einführung einer Ar-

---

<sup>86</sup> Kopf (2017).

<sup>87</sup> Bastian, Jens: «Schon wieder Griechenland», in: Süddeutsche Zeitung, 25. Februar 2017.

<sup>88</sup> International Monetary Fund (2017b).

beitslosenversicherung.<sup>89</sup> Ohne diese Reformen, die Griechenland ablehnt, könne langfristig nur ein geringerer Überschuss erwirtschaftet werden.

Um die Schulden tragfähigkeit Griechenlands dennoch zu gewährleisten, so der IWF, sei eine konsequente Schuldenerleichterung nötig.<sup>90</sup> Andernfalls will sich der IWF nicht an weiteren Griechenlandhilfen beteiligen. Dies allerdings wollen die EU-Länder unbedingt, insbesondere Deutschland, wo die Beteiligung des IWF als *Conditio sine qua non* weiterer Griechenlandhilfen verkündet wurde.<sup>91</sup> Diese Situation erklärt die oben erwähnte «Einigung» vom Juni 2017, die die Konflikte kaum überdecken kann und höchstens kurzfristig auf Eis legt. Eine gemeinsame Governancestrategie der Institutionen ist damit im Moment nicht möglich, sondern die Einzelinteressen der Organisationen blockieren eine gemeinsame Politik gegenüber Griechenland.

Grundsätzlich sehen alle beteiligten Intuitionen das Problem, dass Griechenland nicht die «Ownership» für das ihm aufgezwungene Reformprogramm zu übernehmen bereit ist. Griechenland reformiert, weil es von außen dazu gezwungen wird, und nicht, weil die Verantwortlichen vor Ort den Sinn dieser Reformen sehen und sie auf ihre eigene Agenda setzen. Dies wirft die grundsätzliche Frage auf, inwiefern internationale Institutionen in einer solchen Krisensituation in die Autonomie einer demokratisch legitimierten Regierung eingreifen dürfen, ohne das demokratische System an sich drastisch zu delegitimieren.<sup>92</sup>

### 3.5 Folgen für Griechenland

Griechenland befindet sich das achte Jahr in Folge in schwerer wirtschaftlicher Rezession.<sup>93</sup> Die Strukturanpassung der Wirtschaft wird von manchen Kommentatoren in ihren sozialen Folgen mit derjenigen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks nach 1989 verglichen. Die Arbeitslosigkeit erreichte ihren Höhepunkt mit 27,48 Prozent im Jahr 2014, beträgt 2017 aber immer noch 21,89 Prozent.<sup>94</sup> Die Jugendarbeitslosigkeit lag Ende 2016 bei 45,2 Prozent.<sup>95</sup> Die Renten wurden seit Beginn der Krise teilweise um ein Drittel gekürzt, die Einkommen im öffentlichen Dienst um 20 bis 30

---

<sup>89</sup> Thomsen (2016).

<sup>90</sup> Obstfeld / Thomson (2016).

<sup>91</sup> Zettelmeyer (2017).

<sup>92</sup> Kopf, Christian: «Griechenland. So viel Souverän muss sein», in: DIE ZEIT, 26. Juni 2015.

<sup>93</sup> Kyrtsis (2015), S. 54-69.

<sup>94</sup> Statista. GmbH (2017).

<sup>95</sup> «Arbeitslosigkeit in Griechenland ist weiter hoch», in: SPIEGEL online, 16. März 2017 (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-arbeitslosigkeit-ist-weiter-hoch-a-1139111.html>, zuletzt abgerufen am 4. Juli 2017).

Prozent. Die Reallöhne sind seit 2011 um durchschnittlich ein Viertel gesunken.<sup>96</sup> Immer mehr vor allem junge und gut ausgebildete Griechen verlassen ihre Heimat, um anderswo ein Auskommen zu suchen,<sup>97</sup> wobei über die Dauer dieser Auslandsaufenthalte im Moment noch keine Angaben gemacht werden können.<sup>98</sup> Das griechische Parteiensystem hat sich grundlegend verändert durch das Erstarren von Parteien am linken und rechten äußersten Rand.<sup>99</sup> Aber auch die Wahl der links-populistischen Syriza hat nicht zu einem grundlegenden Politikwechsel geführt.

#### 4. Schlussfolgerungen

Vergleicht man die IFK von 1898 mit der Troika von 2009, so stechen eine Reihe von Parallelen ins Auge: Der (tatsächliche beziehungsweise knapp verhinderte) Bankrott als Ausgangslage; das Scheitern aller griechischer Versuche, die Situation ohne Hilfe von außen in den Griff zu bekommen; die Einrichtung der Kommissionen unter extremem politischen Druck. Auch im Hinblick auf die Governance der Institutionen gibt es Parallelen: ihre Zusammensetzung aus Politikern, die die Interessen der privaten Gläubiger schützten und schützen und die sich nicht immer auf eine gemeinsame Strategie einigen konnten und können; die Einschränkung der griechischen Finanzautonomie durch das Ausland. Auch die zunächst desaströsen Folgen für die Bürger, von denen viele das Land zumindest kurzfristig verlassen, sind offensichtlich. Eben diese Punkte laden geradezu zur Konstruktion von Narrativen ein, die sich hervorragend als Vehikel zum Transport einfacher politischer Botschaften eignen.

Die Unterschiede gehen dabei zumeist unter: der gänzlich verschiedene Grad der weltwirtschaftlichen Verknüpfung Ende des 19. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts; der völlig unterschiedliche Charakter der Lateinischen Münzunion (die ein Schwanken der Wechselkurse und eine Abwertung der Papierdrache zuließ) und des Euroraumes (der eine Abwertung ausschließt und eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik nötig machen würde); die Vielzahl der an den Organisationen beteiligten internationalen und nationalen politischen Akteure und die große Bandbreite ihrer Zielsetzungen; die andersartige Arbeitsweise; und schließlich ganz zentral die Nicht-

---

<sup>96</sup> Südwestpresse, 20.11.2012.

<sup>97</sup> Cardoso (2013).

<sup>98</sup> Zelepos (2016), S. 28 ff.; Pteroudis (1996); Eckardt, Andy / Angerer, Carlo: «Greeks flock to Germany even as they criticize it», in: CNBC.COM, 12. Juli 2012 (<https://www.cnbc.com/id/47610510>, zuletzt abgerufen am 4. Juli 2017).

<sup>99</sup> Georgiadou (2015).

Konditionalität versus die Konditionalität der neuen Kredite, die das vom Ausland vorgeschlagene Reformprogramm je nach dem vermeidbar machen oder nicht.

Die weitere Entwicklung der griechischen Finanzkrise der Gegenwart ist ungewiss. Der Vergleich mit der Finanzkontrolle im 19. Jahrhundert rückt gleichwohl einige Punkte ins Licht der Aufmerksamkeit, die des Nachdenkens wert sind:

1. Das Konzept der ‚Schuldentragfähigkeit‘ muss aus historischer Perspektive überdacht werden: Der Zeithorizont sollte viel länger gedacht werden. In der Geschichte hat die Rückzahlung von Staatsschulden oft Jahrzehnte oder Jahrhunderte gedauert, was aber für keinen der Beteiligten von Nachteil war. Zudem sollten Ökonomen sich klar machen, dass unvorhergesehene Ereignisse ihren Modellen in kürzester Zeit jede Basis entziehen können.
2. Griechenland konnte die erste hier behandelten Krisen innerhalb von zwölf Jahren nach Einsetzung der IFK überwinden ohne die meisten der vorgeschlagenen Reformen umgesetzt zu haben. Entscheidend war vielmehr die Wiederherstellung des Vertrauens der internationalen Finanzmärkte. Dies gelang zum einen durch das reibungslose Funktionieren der IFK, die viele Beobachter das gänzliche Fehlen von Machtmitteln vergessen ließ, und zum anderen durch die Erholung der Wechselkurse und die daraus resultierenden Gewinne für die Gläubiger. Daraus ergibt sich für die Gegenwart die Frage, ob eine Beruhigung der Lage nicht Priorität vor der Umsetzung der auch noch letzten Reformforderung haben sollte.
3. Es muss gefragt werden, ob der enorme Druck von außen wirklich das adäquate Mittel ist, um die Struktur der griechischen Gesellschaft so zu verändern, dass das Wohlergehen ihrer Bürger langfristig gewährleistet ist (zum Beispiel im Hinblick auf den Abbau des Klientelismus oder den Aufbau einer selbstbewussten und selbstbestimmten Position in Europa). Muss der Anstoß für solche Veränderungen nicht vielmehr von innen kommen?
4. Die griechische Staatsschuldenquote erhöhte sich, trotz der Aufnahme neuer Anleihen, während der Arbeit der IFK kaum – ganz anders als im 21. Jahrhundert. Dies legitimiert die Frage nach der Zweckdienlichkeit des aktuellen Vorgehens, zumal der Großteil des Geldes für den Schuldendienst im Interesse der Gläubiger verwendet wird.
5. Schließlich macht der Vergleich deutlich, dass die Rezeption griechischer Finanzprobleme in Westeuropa in den letzten 200 Jahren stets in ein stark postkolonial-paternalistisches Narrativ eingebettet war, in dessen Rahmen auch heute noch die – unbestritten zu Teilen selbstverschuldeten – finanziellen Schwierigkeiten als Anlass verstanden werden, der

demokratisch legitimierte griechische Regierung ihre Finanzautonomie abzusprechen. Würde mit Deutschland ähnlich verfahren werden, so würde die politische Radikalisierung und Abwendung von Europa hierzulande wohl alles in den Schatten stellen, was wir in Griechenland derzeit an antieuropäischen und antidemokratischen Gegenwarts- und Geschichtsdeutungen ausmachen können.

# Anhang

## Literatur

- Behrens, Maria (2010): Global Governance, in: Benz / Dose (2010b), S. 93-110.
- Beigel, Thorsten / Eckert, Georg (Hrsg.) (2013): Vom Wohl und Wehe der Staatsverschuldung. Erscheinungsformen und Sichtweisen von der Antike bis zur Gegenwart, Münster.
- Benz, Arthur / Dose, Nicolai (2010a): Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?, in: Benz / Dose (2010b), S. 13-36.
- Benz, Arthur / Dose, Nicolai (Hrsg.) (2010b): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Bickes Hans / Otten, Tina (2013): Griechenland und die deutschen Medien, in: Hellenika. Jahrbuch für griechische Kultur und Deutsch-Griechische Beziehungen N.F. 8, S. 10-36.
- Bickes Hans / Otten, Tina / Weymann, Laura Chelsea (2015): Die Rolle der Medien, in: Klemm / Schultheiß (2015), S. 326-351.
- Blume, Horst-Dieter / Lienaum, Cay (Hrsg.) (2016): Aufbrüche und Fluchten. Griechenland durch die Jahrhunderte, Münster.
- Bundesministerium der Finanzen (2015): Monatsbericht September 2015, Berlin.
- Cardoso, Feline Engling (2013): Zuwanderung, Flucht und Asyl: Aktuelle Themen. Griechenland, (<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurz dossiers/155498/griechenland>, zuletzt abgerufen am 4. Juli 2017).
- Carstensen, Kai (2015): Der GREXIT – Warum ein Austritt aus der Währungsunion hätte helfen können, in: Klemm / Schultheiß (2015), S. 395-411.
- Commission financière internationale (1916): Dette publique de la Grèce. Historique, lois, décrets, conventions, protocoles, règlements, etc., Athènes.
- Corporation of Foreign Bondholders (1903): Thirtieth Annual Report of the Council of Cooperation of Foreign Bondholders for the years 1902-03, London.
- Corporation of Foreign Bondholders (1904): Thirty-first Report of the Council of the Cooperation of Foreign Bondholders for the Years 1903-04, London.
- Corporation of Foreign Bondholders (1905): Thirty-second Annual Report of the Council of the Corporation of Foreign Bondholders for the Year 1904-05, London.
- Dertilis, Georgios B. [Δερτιλής, Γεώργιος Β.] (2009): History of the Greek State, 1830-1920 [Ιστορία του Νεοελληνικού Κράτους, 1830-1920], Athens [Αθήνα].
- Feis, Herbert (1974 [1930]): Europe the World's Banker 1870-1914. Clifton, NJ.
- Georgiadou, Vassiliki: Krise, aber nicht Unregierbarkeit: Das griechische Parteiensystem im Umbruch, in: Klemm / Schultheiß (2015), S. 70-85.
- Giannitsis, Tássos (2015): Die griechische Staatsverschuldung und die Krise, in: Klemm / Schultheiß (2015), S. 198-215.
- Greul, Robert (1926): Die lateinische Münz-Union. Eine völkerrechtsgeschichtliche Studie (Völkerrechtsfragen 16), Berlin.
- Holland, Robert / Markides, Diana (2006): The British and the Hellenes. Struggles for Mastery in the Eastern Mediterranean 1850-1960, Oxford.

- International Monetary Fund (2017a): Report for Selected Countries and Subjects: General government gross debt/Percent of GDP (World Economic Outlook Database, April 2017), Washington, DC ([https://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2017/01/weodata/weorept.aspx?sy=2008&ey=2022&scsm=1&ssd=1&sort=country&ds=.&br=1&pr1.x=73&pr1.y=14&tc=122%2C941%2C124%2C946%2C423%2C137%2C939%2C181%2C172%2C138%2C132%2C182%2C134%2C936%2C174%2C961%2C178%2C184%2C136&ts=GGXWDN\\_NGDP%2CGGXWDG\\_NGDP&grp=0&ta=](https://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2017/01/weodata/weorept.aspx?sy=2008&ey=2022&scsm=1&ssd=1&sort=country&ds=.&br=1&pr1.x=73&pr1.y=14&tc=122%2C941%2C124%2C946%2C423%2C137%2C939%2C181%2C172%2C138%2C132%2C182%2C134%2C936%2C174%2C961%2C178%2C184%2C136&ts=GGXWDN_NGDP%2CGGXWDG_NGDP&grp=0&ta=), zuletzt abgerufen am 11. Juli 2017).
- International Monetary Fund (2017b): European Dept. Greece (20167 Article IV Consultation – Press Release; Staff Report; and Statement by the Executive Director for Greece, IMF Country Report No. 17/40, February 2017), Washington, DC.
- Kaelble, Hartmut (2012): Historischer Vergleich. Version 1.0 ([http://docupedia.de/zg/kaelble\\_historischer\\_vergleich\\_v1\\_de\\_2012](http://docupedia.de/zg/kaelble_historischer_vergleich_v1_de_2012), zuletzt abgerufen am 11. Juli 2017).
- Kilian, Jürgen (2016): The Greek «Forced Loan» during the Second World War. Demand for Reparations or Restitution?, in: Südosteuropa. Journal of Politics and Society 64, S. 96-108
- Klemm, Ulf-Dieter / Schultheiß, Wolfgang (Hrsg.) (2015): Die Krise in Griechenland. Ursprünge, Verlauf, Folgen, Frankfurt am Main.
- Kühne, Torsten (2011): Der Währungsfonds als Instrument alter Mächte? USA, Deutschland und die EU: Positionen und Rollenbilder in der Reformdebatte, Marburg.
- Kopf, Christian (2017): Thesen zur griechischen Finanzkrise von 2010-2016 [unveröffentlichter Beitrag zu einer Tagung der Werner Reimers Stiftung am 3. März 2017].
- Králová, Kateřina / Karasová, Nikola (2015): Reparationsforderungen: Umfang, Rechtsfragen, politische Rahmenbedingungen, in: Klemm / Schultheiß (2015), S. 299-325.
- Kýrtsis, Aléxandros-Andréas (2015): Die griechische Gesellschaft unter dem Druck der Krise, in: Klemm / Schultheiß (2015), S. 54-69.
- Morison, Theodore / Hutchinson, George T. (1911): The Life of Sir Edward Fitz Gerald Law, Edinburgh / London.
- Obstfeld, Maurice / Thomson, Poul M. (2016): Der IWF verlangt nicht noch mehr Austerität von Griechenland (<https://www.imf.org/external/lang/german/np/blog/2016/121216g.pdf>, zuletzt abgerufen am 4. Juli 2017).
- Pantelakis, Nikos S. [Παντελάκης, Νίκος Σ.] (1995): Catalogue of Public Loans (1847-1939) [Δημόσια δάνεια], Athens [Αθήνα].
- Petersson, Nils P. (2009): Anarchie und Weltrecht. Das Deutsche Reich und die Institutionen der Weltwirtschaft 1890-1930 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 183), Göttingen.
- Psalidopoulos, Michalis / Schönhärl, Korinna: Die griechische Staatsverschuldung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Beigel / Eckert (2013), S. 149-164.
- Pteroudis, Evangelos (1996): Emigration and Immigration in Greece: Recent Trends and Political Questions, in: Revue Europeenne des Migrations Internationales 12, S. 159-189.
- Rocholl, Jörg / Stahmer, Axel (2016): Where did the Greek Bailout Money Go? (ESMT Berlin, White Paper 16-02), Berlin (<https://www.esmt.org/where-did-greek-bailout-money-go>, zuletzt abgerufen am 11. Juli 2017).
- Sander, Wolfgang (2014): Die Finanzkrise Griechenlands – ein europäisches Drama (<http://www.bpb.de/lernen/grafstat/europawahl-2014/183165/m-04-4-01-die-finanzkrise-griechenlands>, zuletzt abgerufen am 11. Juli 2017).
- Schaefer, Karl C. (1995): Deutsche Portfolioinvestitionen im Ausland 1870-1914. Banken, Kapitalmärkte und Wertpapierhandel im Zeitalter des Imperialismus (Münsteraner Beiträge zur Cliometrie und quantitativen Wirtschaftsgeschichte 2), Münster.

- Schönhärl, Korinna (2015): *«Leider sind wir bankrott»* – Zahlungsausfälle in der Geschichte Griechenlands im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Klemm / Schultheiß (2015), S. 182–197.
- Schönhärl, Korinna (2017): *Finanziers in Sehnsuchtsräumen. Europäische Banken und Griechenland im 19. Jahrhundert* (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 98), Göttingen 2017.
- Statista GmbH (2017): *Arbeitslosigkeit in Griechenland*, Hamburg (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/17312/umfrage/arbeitslosenquote-in-griechenland/>, zuletzt abgerufen am 4. Juli 2017).
- Stergiou, Andréas (2015): *Staatsverständnis und Klientelismus in Griechenland*, in: Klemm / Schultheiß (2015), S. 111–125.
- Stoker, Gerry (1998): *Governance as Theory: Five Propositions*, in: *International Social Science Journal* 50, S. 17–28.
- Taylor, Bryan (2012): *Paying Off Government Debt. Two Centuries of Global Experience*, San Juan Capistrano, CA ([https://www.globalfinancialdata.com/news/articles/government\\_debt.pdf](https://www.globalfinancialdata.com/news/articles/government_debt.pdf), zuletzt abgerufen am 6. März 2015).
- Théry, Edmond (1905): *La Grèce actuelle au point de vue économique et financier* (Études économiques et financières), Paris.
- Thomadakis, Stavros (1985): *Monetary Arrangements and Economic Power in the Nineteenth-Century Greece: The National-Bank in the Period of Convertibility (1841–77)*, in: *Journal of the Hellenic Diaspora* 12, S. 55–90.
- Thomsen, Poul M. (2016): *Der Haushalt Griechenlands muss wachstumsfreundlicher werden* (<http://www.imf.org/eternal/lang/german/np/blog/2016/Greece-TN-121216g.pdf>, zuletzt abgerufen am 4. Juli 2017).
- Tunçer, Ali Coşkun (2013): *How Did Creditors Enforce Sovereign Debt Contracts? International Financial Control during the Classical Gold Standard Era*, London (<http://www.lse.ac.uk/economicHistory/seminars/EH590Workshop/papers/tuncer.pdf>, zuletzt abgerufen am 6. Mai 2015).
- Tunçer, Ali Coşkun (2014): *Sovereign Debt and International Financial Control. The Middle East and the Balkans, 1870–1914*, London.
- Tzermias, Paulos N. (1986): *Neugriechische Geschichte: Eine Einführung*, Tübingen.
- Tziouvas, Dimitris (Ed.) (2009): *Greek Diaspora and Migration since 1700. Society, Politics and Culture*, Farnham.
- Wynne, William H. (1951): *State Insolvency and Foreign Bondholders. Vol II: Selected Case Histories of Governmental Foreign Bond Defaults and Debt Readjustments*, New Haven, CT.
- Zelepos, Ioannis (2015): *Griechenlands Krisenzyklen seit der Unabhängigkeit: Gründe und Erklärungsansätze*, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 55, S. 65–81.
- Zelepos, Ioannis (2016): *Griechische Migration seit der Frühen Neuzeit*, in: Blume / Lienaum (2016), S. 7–30.
- Zettelmeyer, Jeromin (2017): *Does Greece need more Official Debt Relief? If so, how much?* (Peterson Institute for International Economics, Working Paper 17-6), Washington, DC.